a) Der Bürgermeister berichtet von der Stellungnahme der Kommunalaufsicht bezüglich der geplanten Breitbandversorgung der Wupperortschaften. Der Kreis wurde informiert, dass dieses Vorhaben bei einem Eigenanteil der Stadt in Höhe von ca. 20.000 € in naher Zukunft realisiert werden könnte. In ihrer ersten Stellungnahme macht die Kommunalaufsicht klar, dass es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe der Stadt handelt. Eine abschließende Entscheidung diesbezüglich ist noch nicht ergangen.

b) Des Weiteren informiert der Bürgermeister den Rat der Stadt über die Entscheidung der Kommunalaufsicht, anstelle der beschlossenen zwei Stellen für die Feuer- und Rettungswache lediglich eine Stelle mit einer Befristung von zwei Jahren zu genehmigen.

Herr Schäfer wundert sich, dass dem Ratsbeschluss nicht gänzlich gefolgt wurde. Er merkt an, dass ihm vom Kreis zugetragen wurde, dass lediglich eine Stelle beantragt worden ist. Der beschlossene Brandschutzbedarfplan hat allerdings zwei zusätzliche Stellen vorgesehen, um die Einsatzfristen zu verkürzen.

Der Bürgermeister sagt zu, den Fraktionen zur Klärung der Angelegenheit den Schriftverkehr mit der Kommunalaufsicht zukommen zu lassen.

c) Der Bürgermeister bedauert, dass es in jüngster Zeit wiederholt zu rechtsradikalen Aktionen gekommen ist. Bei dem jüngsten Vorfall wurde das Schulzentrum beschmiert und Personen abgebildet, die ins Kreuzfeuer genommen wurden. Er erklärt die Solidarität des Rates mit den angegriffenen Personen, speziell Herrn Rektor Paulig.